

Nützliche Nachrichten 8/2006

Dialog-Kreis

„Die Zeit ist reif für eine politische Lösung im Konflikt zwischen Türken und Kurden“

Postfach 90 31 70, D-51124 Köln, Tel: 02203-126 76, Fax: 02203-126 77

Spendenkonto: Dialog-Kreis, Kontonummer 9152539, BLZ 370 501 98, Stadtsparkasse Köln

Redaktion: Andreas Buro, Barbara Dietrich, Mehmet Sahin, Luise Schatz und Mani Stenner

Redaktionsschluss: 22. September 2006

dialogkreis@t-online.de, www.dialogkreis.de

Der Kommentar

Hoffnung

von Ahmet ALTAN

Hier ein Satz, den ich jedem Menschen, den ich erreichen kann, ins Ohr schreien möchte:

„Als erstes soll unsere Hoffnung getötet werden.“

Denn das ist immer ihr erstes Ziel.

Sie greifen unsere Hoffnung an.

Über dem Meer liegen bleigraue Wolken. Ein einziger Vogel dreht übermütig über den Inseln seine Runden, steigt plötzlich hoch hinauf, um sich im Sturzflug wieder Richtung Meer fallen zu lassen.

Der Vogel ist aus weiter Entfernung gut zu sehen, weil ein Sonnenstrahl durch die Wolken dringt, auf seine Flügel scheint und ihn wie einen silbernen Punkt glänzen lässt.

Als ob ein Faden aus Licht, den er zwischen den Wolken erhascht hat, ihn über das Meer führt.

Mit seinen glänzenden Flügeln ist er aus der Ferne gut zu sehen.

Ein anderer Mensch in einem anderen Land, der diesen fliegenden Vogel am sich verdunkelnden Himmel beobachtet, würde wahrscheinlich an angenehme Dinge denken und eine Freude empfinden, die die Nacht erhellt.

Aber mir geht es wie vielen anderen Menschen hier auch: In mir bleibt es dunkel.

Mir kommt Hamlets berühmtes Zitat in den Sinn:

„Etwas ist faul im Staate Dänemark.“

Und hier ein Satz, den ich jedem Menschen, den ich erreichen kann, ins Ohr schreien möchte:

„Als erstes wollen sie unsere Hoffnung töten.“

Denn das ist immer ihr erstes Ziel.

Sie greifen unsere Hoffnung an.

Denn unsere Hoffnung besteht aus der Brücke des Lichts, die uns Vertrauen in die Ungewissheit der Zukunft gibt.

Sie wollen diese Brücke niederreißen, unsere Verbindung zur Zukunft unterbrechen und uns mit der schweren Last des Heute gefangen nehmen.

Im Heute gefangen sein, bedeutet, jemanden zu suchen, der uns aus dem Kerker der Hoffnungslosigkeit befreit.

Jemand, der uns vor den Bomben, dem Tod unserer Kinder, den Lynchversuchen, den Morden, den bedrohlichen Verhältnissen, der Unterdrückung und Armut rettet.

Die fürchterliche Realität ist jedoch folgende:

Die, die kommen, um uns zu retten, sind im Allgemeinen diejenigen, die unsere Hoffnung vernichten, unsere Hoffnung angreifen, die Mörder unserer Hoffnung.

Sie warten darauf, dass wir, um unsere Zukunft zu retten, diejenigen herbei rufen, die die Brücke zwischen uns und der Zukunft zerstören.

Es sind Verfluchte, die sich ausnahmslos in jeder Ethnie breit machen.

Auch wenn sie sich manchmal wie Hyänen zanken, um ein größeres Gebiet in Besitz zu nehmen, scheuen sie in schweren Zeiten niemals vor einer Zusammenarbeit zurück.

Manchmal begehen sie gar gemeinsam Verbrechen, legen gemeinsam Bomben.

Sie sind nicht die Feinde des jeweils anderen, sondern Feinde der Hoffnung.

Sie werden lebendig, wenn die Hoffnung stirbt.

Sie lassen genau dann Bomben explodieren, die kleine Kinder töten, wenn ein Waffenstillstand gefordert wird, damit niemand Hoffnung bekommt.

Sie sagen: „Es gibt keine Hoffnung.“

Und: „Hoffnung gibt es nur, wenn ich euch regiere.“
Sie töten Menschen, sie töten die Hoffnung.
Gleich ob Türken oder Kurden, diese Verfluchten gibt es in jeder Ethnie. Ihr Feind ist die Hoffnung und sie sind Feind der Hoffnung.
Wenn sie hervor kriechen, um die Hoffnung zu töten, vermag der Mensch es nicht einmal mehr, Freude angesichts eines Vogels zu empfinden, der an einem blauen Herbsthimmel wie ein fernes Licht fliegt.
Keine Fröhlichkeit dringt in die Seele.
Die Zukunft wird dunkel...
Ergebt euch ihnen nicht.
Das Wissen darüber, was sie angreifen, zeigt uns auch, was wir schützen müssen.
Wir müssen unsere Hoffnung verteidigen.
Ich weiß, es ist nicht einfach, sich die Hoffnung zu bewahren, wenn das Leben wie ein Waldbrand über uns kommt.
Aber der Verlust der Hoffnung bedeutet den Verlust der Zukunft.
Hoffnung...
Ein Wort voller Licht.
Was uns alles erwartet in der Zukunft: Glück, Schmerz, unvergessliche Momente, Überraschungen, glänzende neue Hoffnungen, Tage der Ruhe, Leidenschaften, die uns Träume geben.
Die Zukunft wartet wie eine Schatzkiste im Dunkeln darauf, von uns entdeckt zu werden.
Es ist unsere Hoffnung, die uns zu ihr führen wird...
Was haben wir bereits alles erlebt, welch verräterische Fallen, welch niederträchtige Hinterhalte...
Und jetzt wollt ihr kapitulieren?
Während das Leben wie ein Schiff mit geblähten Segeln im Hafen wartet, das euch zu Ufern der Hoffnung führt und sich darauf vorbereitet, zu einem bis heute unbekanntem Reichtum und Glück aufzubrechen, genau in diesem Moment wollt ihr kapitulieren?
Jetzt, wo wir uns der „Zukunft“ soweit genähert haben, wo ein neues Zeitalter, ein neues Leben mit Computer, Internet, Weltraumreisen, Robotern, bunten Spielzeugen uns ruft, gerade da wollt ihr aufgeben?
Wenn die ganze Welt die eure ist, wollt ihr in eurer Hoffnungslosigkeit erblinden?
Das ist es, was sie wollen.
Wollt ihr es zulassen, dass die Mörder der Hoffnung mit ihren Bomben, Morden, niederträchtigen Fallen mal im türkischen, mal im kurdischen Gewand eure Hoffnung töten?
Sie flüstern euch immer das gleiche zu: „Das sind unsere Feinde.“
Aber eure eigentlichen Feinde sind nicht „das“, sondern diejenigen, die euch das einreden wollen.
Es gibt Kurden, die sagen: „Das sind Feinde.“
Es gibt Türken, die sagen: „Das sind Feinde.“
Fragt doch mal die, die das sagen: „Und woraus sollen wir schließen, dass ihr Freunde seid?“
Fragt sie: „Warum wollt ihr unsere Hoffnung töten, warum wollt ihr uns ins Feuer der Feindschaft und Rache führen?“
Fragt sie: „Warum baut ihr euch mit euren Worten, aus denen Feindschaft spricht, mit euren Waffen, euren Bomben vor uns auf, während erstmalig die Möglichkeit aufgekommen ist, wie ein

Mensch zu leben und unseren Kindern eine glückliche Zukunft zu sichern?“
Für einen samtene Sessel der Macht, den sie über euer Leben stellen, wollen sie eure gesamte Zukunft zunichte machen. Unter den Türken gibt solche, unter den Kurden auch.
Das einzige, was sie fürchten, ist dass ihr Fragen stellt.
Wenn ihr Fragen stellt, wenn ihr euch darauf vorbereitet, dem Geschehen zu widersprechen, dann werden sie gemeinsam aktiv, um euch einzuschüchtern.
Sie sagen euch, dass dem Leben nur mit Waffen eine Form gegeben werden kann.
Alle, die das sagen, haben Waffen.
Wenn das Leben mit Waffen geformt wird, dann sind sie es, die das Leben formen und sich über euch stellen.
Sagt ihnen: „Das Leben wird nicht mehr mit Waffen geformt, sondern mit Verstand.“
Wir verfügen über Verstand, über Hoffnung, über eine Zukunft.
Auf uns wartet ein neues Leben, eine neue Zeit.
Wir haben soviel Hoffnung...
Wir werden frei sein. Wir werden sprechen, ohne uns zu fürchten. Wir werden über jeden Witze machen können. Wir werden unsere Kinder gut erziehen. Unsere Kinder werden über alles verfügen, das Kinder in den entwickeltsten Gegenden der Welt auch haben. Wir werden in Häusern leben, die nicht beim Erdbeben einstürzen. Es wird eine Ordnung herrschen, die uns nicht erdrückt. Wir werden schöne Schulen und saubere Krankenhäuser haben. Wir werden Verantwortliche haben, die nicht mit der Mafia zusammen arbeiten.
Das ist das Leben, auf das wir uns vorbereiten.
Wir nähren Hoffnungen, die wie die Wurzeln eines starken Baumes unser Leben durchdringen.
Lasst es nicht zu, dass eure Hoffnung getötet wird.
Lasst es nicht zu, dass eure Zukunft getötet wird.
Und wisst ihr, wenn ihr euch für eure Hoffnung und eure Zukunft einsetzt und sie ihre Hoffnung verlieren, dann werden diese Verbrechen aufhören.
Wenn sie keine Hoffnung mehr haben, werden sie keine Menschen mehr umbringen.
Es ist unsere Hoffnungslosigkeit, die ihnen Hoffnung gibt.
Je größer ihre Hoffnung ist, desto mehr Verbrechen begehen sie.
Es wird eine Zeit kommen, in der wir uns in aller Ruhe über den Anblick eines Vogels freuen werden können, der am Herbsthimmel wie ein Zauberer einen silbernen Lichtstreifen entstehen lässt.
Eine Zeit, in der wir uns keine Sorgen um unsere Kinder machen müssen.
In der nicht Ethnie, Religion, Sprache, Geschlecht, sondern Verstand, Fähigkeit, Fleiß wichtig sein werden.
Moscheen, in denen die Menschen beten, Bars, in denen Menschen aus aller Welt sich amüsieren, Büchereien, in denen Kinder über Kopfhörer Musik hören und Bücher lesen, Krankenhäuser, in die wir unsere Kranken vertrauensvoll geben, Schulen, in denen die Lehrer den Kindern mit Liebe begegnen...
Es werden Lieder in allen Sprachen gesungen werden. Wir werden die Arbeit machen, die wir gerne machen. Jeder wird sich so kleiden, wie es ihm gefällt.
Erscheint euch das unmöglich?
Aber es gibt Länder, in denen das so ist.
Warum soll uns das nicht gelingen?
Es ist möglich.

Diejenigen, die euch davon überzeugen wollen, das es unmöglich ist, sind die gleichen, die eure Hoffnung töten, euch zur Hoffnungslosigkeit verdammen, sich über euch stellen und ein Leben lang über euch herrschen wollen.

Wir sind Kurden, Türken, Lasen, Tscherkessen, Armenier, Juden, Griechen, wir sind Orthodoxe, Muslime, Sunniten, Aleviten, Atheisten, Fromme.

Wir sind ein bisschen merkwürdig.

Wir sind drückebergerisch, wütend, faul, aber wir vermögen es, auch in schwierigsten Zeiten zu lachen. Wenn uns ein großes Erdbeben erschlägt, teilen wir das letzte Essen im Haus und wenn es notwendig ist, arbeiten wir wie die Verrückten.

Wir wissen, dass wir Menschen sind, auch wenn versucht wird, uns das vergessen zu lassen und uns gesagt wird, dass Religion, Geschlecht, Rasse wichtiger sind als die Menschlichkeit.

Wir haben gemeinsame Hoffnungen.

Vergesst diejenigen, die den Tod mehr lieben als das Leben.

Wenn im Staate Dänemark etwas faul ist, werden wir eines Tages auch etwas vollbringen, das nicht faul ist.

Über dem Meer fliegt ein Vogel aus Licht.

Es werden Zeiten kommen, in denen wir ihn in aller Ruhe beobachten werden.

Die Hoffnung darauf wird die Hoffnung Wirklichkeit werden lassen.

Ein Vogel fliegt.

Wenn wir uns an unsere Hoffnung erinnern, fliegt er wie eine Hoffnung aus Licht.

(Hürriyet, 17.9.2006, ISKU)

Ereignis-Kalender

CDU-Generalsekretär: Türkei diskriminiert Christen

In der Türkei werden Christen weiterhin diskriminiert. Das sagte der CDU-Generalsekretär Ronald Pofalla am 6. August nach einer zweitägigen Informationsreise in Begleitung des Beauftragten der EKD am Sitz der Bundesregierung, Prälat Stephan Reimers, und des Leiters des katholischen Büros in Berlin, Prälat Karl Jüsten. Pofalla: „Das Ausmaß der noch bestehenden Einschränkungen der Religionsfreiheit ist Anlass zu ernsthafter Sorge und kann in keiner Weise hingenommen werden.“

In Gesprächen mit Vertretern der türkischen Regierung sei ihm deutlich geworden, dass Religionsfreiheit „zu oft als ein Akt der Toleranz statt als grundlegendes Menschenrecht“ verstanden werde, so Pofalla. Auffällig sei auch, dass die türkische Verwaltung in Urlaubsregionen großzügiger sei und die Kirchen dort nicht in dem Ausmaß behindert würden wie im Rest der Türkei. Das sei eine reine „Schaufenster-Politik“. Religionsfreiheit könne nur für alle und überall gelten.

In der Türkei besitzen die katholische wie die evangelische Kirche nach Angaben Pofallas keinen eigenen Rechtsstatus. „Rechtlich betrachtet existieren sie gar nicht“, so der CDU-Generalsekretär. Die Kirchen dürften ihre Geistlichen nicht selbst ausbilden. Ausländische Geistliche würden oft an der Einreise gehindert. Arbeits- und Aufenthaltsgenehmigungen würden oft nicht erteilt. Auch Eigentum, etwa Räume für Gottesdienste,

könne nur beschränkt erworben werden. Pofalla forderte die türkische Regierung auf, Gespräche mit den Kirchen aufzunehmen und die Gründung theologischer Fakultäten an türkischen Universitäten zur Ausbildung von Pfarrern und Priestern zuzulassen. Einreisebehinderungen für Geistliche aus dem Ausland müssten aufgehoben werden.“

(Evangelische Nachrichten, 7.8.06)

Erste kurdischsprachige Tageszeitung

Am 15. August 2006 erschien in der Türkei die erste Tageszeitung in kurdischer Sprache. Die seit 1991 existierende Wochenzeitung Azadiya Welat, die in Diyarbakir herausgegeben wird, erscheint nunmehr täglich mit einem Umfang von acht Seiten.

(DIHA, 10.8.06, ISKU)

EU warnt Türkei vor Vietnam-ähnlichen Zuständen

Bei einem Besuch der Türkei hat der Außenminister Finnlands, das momentan die EU-Ratspräsidentschaft innehat, die Türkei vor einer grenzüberschreitenden Militäroperation gegen die PKK in Südkurdistan gewarnt. Wie Erkki Tuomioja gegenüber der türkischen Tageszeitung Milliyet erklärte, könne eine solche Operation nicht erfolgreich verlaufen. Ähnlich wie bei den US-Interventionen in Kambodscha und Vietnam könne damit kein Problem gelöst werden. Im Gegenteil, es würden damit mehr Probleme geschaffen. Im Übrigen schade ein solches Vorgehen den Beziehungen zur EU. Er gehe davon aus, dass der türkische Außenminister Abdullah Gül ihn verstanden habe.

(ANF, 11.8.06, ISKU)

Barzani: PKK-Problem lässt sich nicht militärisch lösen

Mesut Barzani, Präsident der Region Südkurdistan, hat erklärt, er glaube nicht daran, dass das PKK-Problem mit militärischen Methoden gelöst werden könne. „Wenn trotzdem zu militärischen Methoden gegriffen wird, werden wir nicht mit dabei sein“, kündigte er an.

Weiter äußerte sich Barzani zu den in jüngster Zeit aufgekommenen Plänen, wonach die USA einen PKK-Sonderkoordinator einsetzen und zum Thema PKK ein gemeinsames Komitee mit dem Irak und der Türkei gründen werden. An diesem Komitee müsse auch ein kurdischer Vertreter beteiligt sein, erklärte Barzani nach einer Meldung von CNN Türk. „Was soll ein solches Komitee ausrichten, wenn kein Vertreter Kurdistans dabei ist? Wenn für eine Lösung des Problems friedliche und demokratische Methoden gesucht werden, unterstützen wir diese nach allen Kräften.“

Barzani verurteilte weiterhin die Bombenangriffe der türkischen Armee auf südkurdisches Territorium. Am 7. Juli hatte die Türkei erneut mit Raketenwerfern das Dorf Beduhe nahe der irakisch-türkischen Grenze angegriffen. Innerhalb des letzten Monats kam es vier Mal zu solchen Angriffen. Nach Angaben der Dorfbewohner sei der letzte Angriff der bisher schwerste gewesen. Zu Toten kam es dabei nicht.

(ANF, 12.8.06, ISKU)

Kurdische Geschäftsleute appellieren

Auf einer Pressekonferenz in Diyarbakir hat der „Industriellen- und Arbeitgeberverein im Südosten“ (GÜNSIAD) im Rahmen eines Fünfpunkteplans die PKK zu einem bedingungslosen Waffenstillstand und die Regierung zum Erlass einer Generalamnestie, deren Umfang und Breite später festgelegt werden soll, aufgerufen.

Vereinsvorsitzender Sahismail Bedirhanoglu wies vor der Presse auf die zunehmende Gewalt in den letzten eineinhalb Jahren hin. Davon sei auch die Geschäfts- und Arbeitswelt negativ betroffen. „Unsere Region ist in wirtschaftlicher Hinsicht unterentwickelt, weil sie sich in einer ständigen Krise und Gewaltatmosphäre befindet. Die als Lösung hervorgebrachten wirtschaftlichen, sozialen und juristischen Maßnahmen – wie das Reuegesetz – haben zu keinem Ergebnis geführt. Auch die seit Ewigkeiten erlassenen wirtschaftlichen Fördergesetze haben nicht im gewünschten Umfang zu einem Aufschwung geführt.“ Vorbedingung für einen Aufschwung und eine Abnahme der Arbeitslosigkeit sei vor allem die Sicherheit.

(ANF, 16.8.06, ISKU)

KKK: Deklaration zur demokratischen Lösung der kurdischen Frage

Der Exekutivrat der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK) hat auf einer Pressekonferenz in den Bergen Südkurdistans eine sechs Punkte umfassende Deklaration für eine „demokratische Lösung“ präsentiert. In Hinblick auf Friedensaufrufe internationaler Kräfte, demokratischer Institutionen und Abdullah Öcalans sei die Entscheidung getroffen worden, einen neuen Schritt zu setzen.

Der KKK-Lösungsvorschlag sieht vor, dass der türkische Staat seinen Willen zu einem Dialog und einer Lösung erklärt, die Angriffe stoppt und die Isolationshaft Öcalans aufhebt. Daraufhin könne die KKK für einen Waffenstillstand der HPG sorgen.

In der Erklärung heißt es u.a.:

1. „Die Anerkennung der kurdischen Identität und die verfassungsrechtliche Garantie aller ethnischen Identitäten unter der übergeordneten Identität der Zugehörigkeit zur Türkei.
2. Aufhebung aller Behinderungen der kurdischen Sprache und Kultur, die Anerkennung des Rechts auf muttersprachliche Bildung sowie die Anerkennung der kurdischen Sprache als zweite offizielle Sprache in den kurdischen Regionen neben dem Türkischen und die Respektierung der kulturellen Rechte von Minderheiten.
3. Die Anerkennung der freien politischen Betätigung und Organisierung auf der Grundlage der Meinungs-, Glaubens- und Artikulationsfreiheit sowie die Aufhebung aller gesellschaftlichen Ungleichheiten, allen voran der geschlechtlichen Diskriminierung, in der Verfassung und anderen Gesetzen.
4. Die Freilassung aller politischen Gefangenen, einschließlich des PKK-Vorsitzenden, sowie die Gewährung einer uneingeschränkten Teilnahme am politischen und gesellschaftlichen Leben, mit dem Ziel, dass beide Gesellschaften sich gegenseitig vergeben und eine friedliche und freie Einheit gründen.
5. Der Abzug aller Kräfte, die wegen des Spezialkrieges nach Kurdistan verlegt wurden, die Abschaffung des Dorfschützersystems und die Ermöglichung der

Rückkehr in die Dörfer durch die Erarbeitung sozialer und ökonomischer Projekte.

6. Parallel zur Verwirklichung der oben genannten Punkte könnte die Guerilla im Rahmen eines Zeitplans, der von beiden Seiten gemeinsam bestimmt würde, stufenweise die Waffen niederlegen und sich am legalen demokratischen gesellschaftlichen Leben beteiligen.

Eine dauerhafte Lösung der kurdischen Frage in der Türkei kann durch Umsetzung dieser Kernpunkte entwickelt und gesichert werden. Dies wäre historisch gleichbedeutend mit der Fundierung der Türkei als demokratischer Staat.

Die Lösung der kurdischen Frage im Rahmen der Türkei könnte den Weg für die demokratische Lösung der kurdischen Frage innerhalb des Iran und Syriens ebnen. Im Gleichklang mit der Lösung der kurdischen Frage in diesen Staaten könnte sich die Realität eines durchgängig demokratisierten Mittleren Ostens ergeben. In einer solchen Atmosphäre, in der Misstrauen und Furcht aufgehoben wären, würden die Probleme der Region leichter in die Phase ihrer Lösung eintreten.“

(PM des Exekutivrats der Koma Komalên Kurdistan-Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans, 20.8.06)

Bombenserie begleitet neuen türkischen Generalstabschef ins Amt

Immer wieder erleidet die türkische Armee bei Kämpfen mit Guerilla der PKK Verluste. In anderen Landesteilen nimmt die Gefahr der Anschläge ständig zu. So wurden am 27. und 28. August bei mehreren Anschlägen in den Badeorten Antalya und Marmaris sowie in der Metropole Istanbul drei Menschen getötet und über 30 Personen zum Teil schwer verletzt. Die Verantwortung für die Anschläge übernahmen die TAK-Freiheitsfalken Kurdistans. Die Freiheitsfalken Kurdistans, vermutlich Ableger der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), verübten auch in vergangenen Monaten mehrere Anschläge.

Die jüngsten Explosionen an der Küste und in Istanbul ereigneten sich keine 24 Stunden vor der Amtseinführung des neuen türkischen Generalstabschefs Yasar Büyükanit. Mit markigen Worten hatte der General bereits kurz nach seiner Ernennung dem „separatistischen Terror“ der Kurden den Kampf angesagt. Der Amtsantritt des neuen Armeechefs Büyükanit, der Ende der 90er-Jahre kommandierender General in den Kurdenregionen war, markiert auf militärischer Ebene die Rückkehr von Generälen der alten Schule.

Auch auf der politischen Bühne sind zaghafte Ansätze, den Konflikt nicht nur mit militärischen und polizeilichen Mitteln zu lösen, wieder in den Schubladen verschwunden. Ministerpräsident Erdogan hatte noch vor wenigen Monaten eine „demokratische“ Lösung für den Fall angedeutet, dass die PKK der Gewalt endgültig abschwöre. Inzwischen ist davon unter dem Druck der öffentlichen Meinung in der Türkei nicht mehr die Rede.

(Hürriyet, Yeni Özgür Politika und Der Bund, 29.8.06; FR, 30.8.06)

Kongra-Gel verurteilt Anschläge

In einer schriftlichen Erklärung hat der Präsidialrat des Kongra-Gel die Bombenanschläge in Touristenorten der Türkei verurteilt, bei denen drei Menschen getötet und Dutzende verletzt worden sind.

In der am 29. August veröffentlichten Erklärung heißt es u.a.: „Bei diesen Anschlägen, die in den letzten Tagen vermehrt erfolgten, starben drei unschuldige Menschen und Dutzende wurden verletzt. Wir als Bewegung haben mehrfach erklärt und erklären hiermit erneut, dass wir derartige Anschläge nicht billigen, sondern ablehnen und verurteilen. Wir sprechen den Angehörigen der bei den Anschlägen ums Leben Gekommenen unser Beileid aus und wünschen den Verletzten baldige Genesung.“

(Kongra-Gel, PM, 29.8.06; ANF, 29.8.06, ISKU)

Kurdische Pippi-Langstrumpf-Bücher beschlagnahmt

Der türkische Zoll hat mehr als eintausend Pippi-Langstrumpf-Bücher in kurdischer Sprache beschlagnahmt. Die Abenteuer der sommersprossigen schwedischen Kinderheldin seinen in Istanbul konfisziert worden, weil angeblich die notwendigen Einfuhrdokumente und eine Erlaubnis des türkischen Bildungsministeriums fehlten, berichtete die schwedische Nachrichtenagentur TT am 24. August 2006.

Die insgesamt 1208 Bücher, die 25 Pippi-Langstrumpf-Titel umfassen, wurden am 7. August in die Türkei gesandt. Die Organisation Komak, die sich für die Bildung kurdischer Kinder in der Türkei engagiert, wollte die Titel in die Büchereien von fünf kurdischen Dörfern bringen. Die Abenteuer der bärenstarken und rotfrechen Pippi Langstrumpf wurden bisher in 85 Sprachen übersetzt und in mehr als einhundert Ländern veröffentlicht.

(yahoo, 24.8.06)

Vermehrte Festnahmen von Kurden in Deutschland

Der kurdische Politiker Muzaffer Ayata, der für die Tageszeitung Özgür Politika schreibt, der Journalist Riza Erdogan und der kurdische Unternehmer Memet Taskala sind in Deutschland verhaftet worden. Nach einer Presseerklärung der Bundespolizei erging gegen Ayata am 7. August 2006 ein Haftbefehl mit der Begründung, er sei Kongra-Gel-Verantwortlicher für Süddeutschland. Einen Tag später wurde Ayata in Mannheim am Bahnhof festgenommen und am nächsten Tag verhaftet und ins Gefängnis überstellt.

Muzaffer Ayata verbrachte bereits in der Türkei knapp zwanzig Jahre im Gefängnis. Vor drei Jahren kam er nach Deutschland, wo er als politischer Flüchtling anerkannt wurde.

Der Journalist Riza Erdogan hatte 1994 in Deutschland Asyl beantragt. Zuvor war er in der Türkei journalistisch tätig, weshalb er zu mehreren Haftstrafen verurteilt wurde. Auch sein Asylgesuch wurde anerkannt.

Memet Taskala, der seit 25 Jahren in Deutschland lebt, wurde am 30. August 2006 in seiner Wohnung in Frankfurt festgenommen. Er wurde am 31.8.2006 dem Richter vorgeführt und verhaftet, weil die Türkei seine Auslieferung bei den deutschen Behörden beantragt hat.

In einer Pressemitteilung vom 13. August verurteilte der Rechtshilfefonds AZADI in aller Schärfe die undemokratische und zerstörerische Vorgehensweise der deutschen Politik gegen Kurdinnen und Kurden und ihre Einrichtungen. AZADI fordert die sofortige Freilassung der Gefangenen und ein Ende der Kriminalisierung und politischen Verfolgung in Deutschland.

Aus Protest gegen die Festnahme mehrerer Kurden in Deutschland hat Yek-Kom vom 21. bis zum 29. August ihre 60 Mitgliedsvereine stillgelegt und geschlossen.

(ANF, 10. und 11.8.06, ISKU; Azadi, PM, 13.8.06, www.nadir.org/azadi/; Yeni Özgür Politika, 2.9.06)

ai: Trotz Reformen dauern unfaire Gerichtsverfahren an

Unfaire Prozesse und unter Folter erpresste „Geständnisse“ bleiben das große Problem der türkischen Justiz. Besonders betroffen sind Personen, die unter dem türkischen Anti-Terrorgesetz angeklagt sind. So lautet das Fazit eines heute von amnesty international (ai) veröffentlichten Berichts. „Trotz Reformen haben die neuen Gerichte für schwere Straftaten die Verfahrensfehler der ehemaligen Staatssicherheitsgerichte bis heute nicht korrigiert“, so Amke Dietert, Türkei-Expertin der deutschen Sektion von ai. „Die Angeklagten haben kaum eine faire Chance auf Verteidigung. Außerdem werden unter Folter erpresste Aussagen weiterhin als Beweismittel zugelassen.“

ai dokumentiert in dem neuen Türkei-Bericht Verfahren, die teilweise seit mehr als zehn Jahren dauern. „Turgay Ulu sitzt seit Mai 1996 in Untersuchungshaft“, so ai-Expertin Dietert. „Der stark sehbehinderte Mann wurde der Mitgliedschaft in zwei ideologisch konkurrierenden Organisationen beschuldigt. Außerdem wurde ihm die Teilnahme an einer bewaffneten Aktion vorgeworfen. Dafür wurde er zum Tode verurteilt – obwohl die als Zeugen geladenen Polizisten ihn nicht als Täter identifizieren konnten.“ Das Todesurteil ist mittlerweile in eine lebenslange Haftstrafe umgewandelt worden. Das Berufungsverfahren läuft. „Obwohl keinerlei Beweise gegen Turgay Ulu vorliegen, wurden bisher sämtliche Haftentlassungsanträge abgelehnt“, kritisiert Dietert.

ai fordert die türkischen Behörden auf, endlich internationale Rechtsstandards zu wahren. Jeder Folttervorwurf muss gründlich untersucht und die Verwendung unter Folter erpresster Geständnisse unterbunden werden. Darüber hinaus muss die Türkei dafür Sorge tragen, dass die Verfahren auf der Basis umfassender und effektiver Ermittlungen geführt werden, damit die Untersuchungshaft nicht endlos hinausgezögert wird.

Der Bericht „Turkey – Justice Delayed and Denied: The persistence of protracted and unfair trials for those charged under anti-terrorism legislation“ (AI Index: EUR 44/013/2006) kann über die Pressestelle bezogen werden.

(ai, PM, 6.9.06, www.amnesty.de, presse@amnesty.de)

USA ernennen PKK-Sonderkoordinator

Am 15. August 2006, zum Jahrestag des Beginns des bewaffneten Kampfes der PKK am 15. August 1984, rief der US-Außenamtssprecher Seam McCormack die PKK auf, den bewaffneten Kampf aufzugeben. Kurz danach ernannte das Außenamt der USA den ehemaligen NATO-Oberkommandierenden Joseph Ralston zum ersten „PKK-Sonderkoordinator“ der US-Administration. Die Türkei beauftragte ebenfalls einen Ex-General, den 2002 in den Ruhestand getretenen Edip Basar, für die Dreier-Schaltstelle zwischen den USA, der Türkei und dem Irak.

Der Präsident der Region Kurdistan, Mesud Barzani, erklärte hierzu: „In diesem Komitee muss auch ein kurdischer Vertreter

beteiligt sein. Was soll ein solches Komitee ausrichten, wenn kein Vertreter Kurdistans dabei ist? Wenn für eine Lösung des Problems friedliche und demokratische Methoden gesucht werden, unterstützen wir diese nach allen Kräften."

Derzeit finden Vorbereitungen auf den Besuch Ralstons in der Türkei statt. Ihm soll eine 150 Personen umfassende, aktualisierte Liste mit PKK-Mitgliedern überreicht werden, deren Ergreifung Ankara wünscht. Nach einer Meldung des TV-Senders CNN Türk wird in Ankara die Herangehensweise der USA an die PKK-Liste der Türkei als Test für den neu eingerichteten Koordinationsmechanismus betrachtet.

(ANF, 10.8., 16.8. und 8.9.06, ISKU)

Angriffe auf Kurden häufen sich

In jüngster Zeit häufen sich die Angriffe auf Kurden in türkischen Gebieten der Türkei. Nachdem Ende August in Konya ein banaler Streit zu einem Massenlynchversuch an kurdischen Arbeitern ausgeartet war, griffen am 7. September ca. 2000 Personen in Sakarya aus Diyarbakir stammende Saisonarbeiter an. Vier Kurden wurden festgenommen. Vor dem Polizeirevier versammelte sich eine Menschenmasse mit MHP-Mitgliedern an der Spitze, die die Herausgabe der Festgenommenen forderte. Entzündet hatte sich der Streit in einem Teegarten, als MHP'ler kurdische Arbeiter als „PKK'ler“ und „schmutzige Terroristenkurden“ beschimpften. Als sich das Gerücht verbreitete, dass es sich bei den Arbeitern um PKK'ler handelt, griffen Hunderte Personen unter Parolenrufen die betroffenen Arbeiter an, die schließlich festgenommen wurden.

Ende August mussten 150 kurdische Familien nach einem Angriff auf kurdische Arbeiter aus Sicherheitsgründen Konya verlassen. Im Juli entkamen 16 SaisonarbeiterInnen in Izmir einem Lynchversuch. Im Juni war ein Streit zwischen zwei Jugendlichen in Izmir zu einer kurdisch-türkischen Massenschlägerei ausgeartet. Weitere Lynchversuche fanden in diesem Jahr in Trabzon, Kırklareli, Ordu und Sakarya statt.

Thomas Seibert und Susanne Güsten berichteten für den Tagesspiegel folgendes: „Zuerst war es nur ein Allerweltsstreit, kaum der Rede wert. Angestellte eines Marmorbetriebs in der türkischen Kleinstadt Bozkir, Zentralanatolien, gerieten wegen der Nutzung einer Stromleitung mit kurdischen Bauarbeitern aneinander. Eine wilde Schlägerei entbrannte, doch normal war der Streit schon bald nicht mehr. Als sich die Kunde von der Keilerei in der Stadt verbreitete, liefen rund tausend Menschen zusammen. „Wir wollen keine Kurden hier“, riefen sie. Einer der kurdischen Arbeiter musste sogar mit Hilfe von Warnschüssen der Polizei vor dem Lynchmob gerettet werden; am Ende wurden alle 25 kurdischen Arbeiter aus der Gegend fort gebracht. (...)“

Schon vor der jüngsten Eskalation fühlten sich viele Kurden wie Bürger zweiter Klasse – nun schlägt ihnen noch mehr Misstrauen entgegen. In der mehrheitlich kurdischen Großstadt Diyarbakir im Südosten sprechen viele junge Leute von der Westtürkei wie vom Ausland, weil sie dort oft behandelt werden wie unerwünschte Fremdlinge.

Ein Vormittag im städtischen Jugendzentrum. Fatma Dogan, 18, erzählt ihren Mitschülern beim Musikunterricht von einer Reise ins westtürkische Izmir und redet sich dabei schnell in Rage. Fatma trägt Jeans und ein hautenges rosa Top, sie ist von anderen modernen Frauen in der Türkei nicht zu unterscheiden, aber in Izmir half ihr das nicht. „Wenn die Leute dort erfahren haben, dass ich aus Diyarbakir komme, dann war es gleich wieder aus mit der Bekanntschaft“, sagt sie. „Wenn du aus

Diyarbakir kommst, dann halten die Leute im Westen dich für einen Verbrecher.“ Ihre Freunde nicken.

Nicht nur die Schüler und Studenten im Jugendzentrum können von solchen Erfahrungen berichten, auch die Arbeitslosen in den Teehäusern von Diyarbakir fühlen sich im Westen der Türkei unerwünscht. Nach Istanbul zu gehen, um Arbeit zu suchen, sei zwecklos, sagen sie. Als Kurde werde man dort nur scheel angeschaut. Nein, nicht nach Istanbul zieht es sie, sondern nach Deutschland – „weil da viele Kurden leben und man da Kurde sein kann“.

Offiziell gilt in der Türkei gleiches Recht für alle: Niemand darf wegen seiner Herkunft oder seiner Religion benachteiligt werden. Türkische Politiker verweisen darauf, dass es einige Kurden bis in höchste Kreise in Politik und Gesellschaft geschafft haben. Der aus Diyarbakir stammende Innenminister Abdulkadir Aksu etwa oder der als Superstar gefeierte Schnulzensänger Ibrahim Tatlıses. Doch für die meisten Kurden bleibt das ein Traum. Sie müssen akzeptieren, dass schon die Forderung nach einer eigenen kulturellen Identität als potenziell staatszersetzender Separatismus gilt. (...)

Schon der Verdacht, ein Kurde zu sein, reicht mitunter aus, um in Lebensgefahr zu geraten. Als vier junge Studenten am Rande einer Militärparade in Istanbul vor einigen Tagen gegen die geplante Beteiligung der türkischen Armee an der UN-Truppe für Libanon protestieren wollten, wurden sie von Zuschauern verprügelt und gejagt. Die Polizei nahm die Studenten fest und rettete ihnen damit wahrscheinlich das Leben. Zwar gibt es viele Türken, die gegen den Libanoneinsatz sind, doch darum ging es den Angreifern überhaupt nicht: Sie glaubten, PKK-Anhänger vor sich zu haben.“

(Tagesspiegel, 2.9.06; ANF, 8.9.06, ISKU)

DTP ruft zu Waffenstillstand auf

Der DTP-Vorsitzende Ahmet Türk hat Kongra Gel zu einem Waffenstillstand aufgerufen, um eine Lösung der kurdischen Frage über einen demokratischen Dialog zu ermöglichen. Auf einer Presseerklärung in Diyarbakir erklärte Türk am 11. September 2006: „Wir hoffen, dass der Kongra Gel unseren Aufruf beantwortet und glauben an eine positive Antwort.“

Es werde versucht, den Konflikt um die kurdische Frage so zuzuspitzen, dass eine Lösung immer unmöglicher gemacht werde. „Mit der nationalistisch-chauvinistischen Welle, die bereits jetzt die kurdisch-türkische Einheit sprengt, erhält der Wille zu einem Zusammenleben einen Schlag, wie es ihn in den vergangenen tausend Jahren nicht gegeben hat.“ Türk verwies auf die Lynchversuche an Kurden in der Westtürkei in den vergangenen Tagen.

„Damit kein einziger weiterer Mensch mehr sein Leben verliert, damit unsere Völker sich nicht gegenseitig erwürgen, damit eine würdevolle, freie und gleiche türkisch-kurdische Einheit entstehen kann, damit der in jüngster Zeit künstlich angeheizte türkisch-kurdische Konflikt und die Provokationen nationalistisch-chauvinistischer Kräfte ins Leere laufen, für wirtschaftlichen und sozialen Aufschwung, für die Vorbereitung einer friedlichen, demokratischen und auf einem Dialog basierenden Lösung der kurdischen Frage, damit jeder in diesem Land mit seiner eigenen Sprache, Identität und Farbe würdevoll leben kann, um den kommenden Generationen die Chance auf Frieden, Liebe, Toleranz und Glück statt Schmerz und Tränen zu geben – dafür rufen wir zu einem Waffenstillstand auf.“

Auf die Frage, warum sich der Aufruf lediglich an den Kongra Gel richte, erklärte Türk, „um der von der Parteibasis kommenden Stimme ein Ohr zu geben“. Die Gesellschaft leide unter dem Krieg, ein Waffenstillstand als wichtiger Schritt für eine Lösung des Problems werde zu einer Entspannung in der Bevölkerung beitragen.

Auf einer weiteren Pressekonferenz in Ankara am 12. September antworte Ahmed Türk auf die Frage, ob bereits eine Reaktion auf den Aufruf erfolgt sei: „Wir haben bereits erklärt, dass wir daran glauben, dass unser Aufruf gewertet werden wird. Es besteht Bedarf nach einem neuen Entwicklungsprozess. Die Türkei muss die Dinge überdenken, die Vergangenheit noch einmal betrachten. Mein Aufruf richtet sich an alle. Ich glaube daran, dass ein positiver Punkt erreicht werden kann. In der Vergangenheit hat es bereits Aufrufe von Intellektuellen gegeben. Ich erwarte, dass es neue ähnliche Aufrufe geben wird. Die Demokratische Friedensinitiative hat einen solchen Aufruf herausgebracht. Wichtig ist es, den Ruf nach Frieden überall und in allen Kreisen zu entwickeln.“

Zu einer Frage zu dem am Mittwoch bevorstehenden Treffen der neu ernannten „PKK-Koordinatoren“ der USA und der Türkei, bei dem die türkische Seite erneut die Auslieferung von PKK-Führungskadern fordern wird, erklärte Türk, es müssten endlich Lehren aus der Vergangenheit gezogen werden: „Realismus ist gefordert. Wir wollen einen friedlichen Prozess und ein entsprechendes Programm, damit die Türkei zur Ruhe kommt und das Leid ein Ende findet. Öcalan wurde ausgeliefert, und hat damit die kurdische Frage aufgehört zu existieren, ist das Problem gelöst worden? Wird das Problem ein Ende finden, wenn morgen weitere ausgeliefert werden? Nein. Wir wollen, dass eine Logik in den Vordergrund tritt, nach der das Problem grundlegend angegangen wird, die Geschwisterlichkeit der Völker gepflegt und ein Zusammenleben ermöglicht wird. Das Problem kann nicht mit der Auslieferung einiger gelöst werden. Schaut in die Geschichte, der Staat selbst spricht von 29 kurdischen Aufständen. Und was haben Unterdrückung und Vernichtung genützt? Wird die kurdische Frage aufhören zu existieren, wenn die PKK vernichtet wird?“

(ANF, 11. und 12.9.06, ISKU)

„Der beste Kurde ist ein toter Kurde“ Anschlag in Diyarbakir mit 10 Toten

Der Kosuyolu-Park gehört zu den wenigen grünen Oasen für Familien aus den Betonblocks der Großstadt Diyarbakir im Kurdengebiet. In den Teegärten und auf den Spielplätzen des Parks treffen sich abends tausende kurdischer Familien, um zu plaudern, die Kinder schaukeln zu lassen und Tee zu trinken. Doch am Dienstagabend, am 12. September 2006, am Jahrestag des Militärputsches vom 12. September 1980 zerriss eine gewaltige Explosion die friedliche Atmosphäre: Am Eingang des Parks explodierte eine Bombe und tötete zehn Menschen, darunter sieben Kinder. Die Spuren des Anschlags waren noch nicht beseitigt, da flogen bereits die Verdächtigungen. Die Behörden zeigten auf die PKK, die Kurden auf die Sicherheitskräfte. Doch dann bekannte sich die rechtsextreme „Türkische Rachebrigade“ (TIT) zu dem Anschlag. Kein einziger türkischer Toter werde fortan ungesühnt bleiben, erklärte die TIT, die ihr Bekenntnis zu dem Anschlag mit Fotos von den Vorbereitungen untermauerte. „Wir, die Türkische Rachebrigade, schwören hiermit auf unsere Fahne, dass wir für jeden von der PKK getöteten Türken in Diyarbakir zehn Kurden töten werden“,

heißt es in dem Bekennterschreiben, das mit den Worten schließt: „Der beste Kurde ist ein toter Kurde.“ Mit dem Anschlag habe der Tod eines türkischen Soldaten gerächt werden sollen, der fünf Tage zuvor in Kurdistan von der PKK getötet wurde.

Hinter dem Namen „Türkische Rachebrigaden“ (Türk İntikam Tugayı) verbergen sich Todesschwadronen, die seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts im Auftrag des Staates gegen die kurdische Widerstandsbewegung und gegen türkische Linke vorgehen. Der Anschlag auf den Vorsitzenden des Menschenrechtsvereins İHD Akin Birdal im Jahr 1998 geht ebenso auf das Konto der TIT wie Morde an kurdischen Intellektuellen und Politikern. Auch vor dem Handgranatenanschlag auf den Umut-Buchladen in der Kleinstadt Semdinli, bei dem vergangenen November die Bevölkerung drei Konterguerillamänner fassen konnte, waren Flugblätter mit Drohungen der TIT verteilt worden.

Aus Protest gegen den Bombenanschlag am 12. September und im Gedenken an die Opfer blieben die Geschäfte in Diyarbakir drei Tagelang geschlossen. Viele Geschäfte und Privatwohnungen haben schwarze Fahnen gehisst.

Am Anschluss der dreitägigen Proteste fand in Diyarbakir ein Schweigemarsch statt, an dem sich Zehntausende beteiligten, darunter der Oberbürgermeister der Stadt, Osman Baydemir, sowie der Vorsitzende der DTP Ahmet Türk. Organisiert wurde die Demonstration von 64 zivilgesellschaftlichen Organisationen sowie allen in Diyarbakir vertretenen politischen Parteien.

Der Vorsitzende der Anwaltskammer in Diyarbakir Tanrikulu sagte: „Wer auch immer und zu welchem Zweck diesen Terroranschlag begangen hat, wir begreifen ihn als einen Angriff auf die Bemühungen, unsere gemeinsamen Probleme mit friedlichen Methoden zu lösen und auf die Forderung nach einem Waffenstillstand. Dieser Schweigemarsch ist gleichzeitig der Schrei gegen Gewalt und für Frieden. Alle hier versammelten politischen Parteien, Berufsgruppen, Vereine, Stiftungen, Gewerkschaften, die gesamte Zivilgesellschaft und die Bevölkerung von Diyarbakir stellen sich hier gemeinsam hinter die Forderung nach einem Waffenstillstand und fordern Frieden.“

Der Vorsitzende der Partei der demokratischen Gesellschaft (DTP) Ahmet Türk erklärte: „Die Adresse ist klar. Wenn der Staat den Vorfall nicht vertuscht, wird offensichtlich werden, wer hinter vielen unaufgeklärten Verbrechen steckt und auch heute keinen Frieden will. Trotz allem Leid wollen wir, dass das Blutvergießen in diesem Land aufhört. Wir wollen, dass sich das türkische und das kurdische Volk zu einer gemeinsamen Struktur treffen. Wir möchten den Beginn eines Prozesses, in dem Liebe, Toleranz und Geschwisterlichkeit im Vordergrund stehen. Unseren Kampf für Frieden werden diejenigen, die keinen Frieden wollen, nicht aufhalten können. Wir werden nicht zu den alten Bedingungen zurückkehren und auf keine Provokationen eingehen.“

In einer am 13. September veröffentlichten Erklärung des Exekutivrats der Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans (KKK) wird auf den zeitlichen Zusammenhang des Anschlags aufmerksam gemacht: „Erst vor knapp zwei Wochen hatte die KKK mit einer „Deklaration für eine Lösung“ ihre Bereitschaft zu Verhandlungen erneut signalisiert. Einen Tag vor dem Anschlag hatte die DTP für eine demokratische Lösung die Guerilla zu einem Waffenstillstand aufgefordert. Am Dienstag (12.9.06) wurde eine von 224 türkischen und kurdischen Intellektuellen verfasste Deklaration mit der Überschrift „Es reicht!“ veröffentlicht, in der die PKK zu einem Waffenstillstand und der Staat zu den dafür notwendigen Schritten aufgefordert wurden. Schließlich fand am Mittwoch (13.9.06) erstmalig ein Treffen zwischen den neu ernannten „PKK-Koordinatoren“ der USA und

der Türkei in Ankara statt. In der letzten Zeit hatten sich außerdem Angehörige von getöteten Soldaten öffentlich gegen den Krieg geäußert, was große Beachtung in den türkischen Medien gefunden hatte. Der KKK-Exekutivrat bewertete den Angriff in diesem Zusammenhang als Sabotageversuch eines Friedensprozesses. „Bestimmte Kräfte“, die sich „innerhalb des türkischen Spezialkriegssystems“ befinden, fürchten sich vor Frieden, einer demokratischen Lösung und einem Dialog.“ Der Bürgermeister von Diyarbakir Osman Baydemir (DTP) bewertete den Anschlag als „gegen den Frieden gerichtete Provokation“. Es sei völlig eindeutig, dass mit dem Angriff auf Zivilisten die Forderung nach Frieden sabotiert werden solle. Dennoch sei der einzige Weg zu dem ersehnten Frieden, von der Forderung nicht abzurücken und besonnen zu handeln.

(DIHA/, 13. und 14.9.06, ISKU; ANF, 14.9.06, ISKU; Der Tagesspiegel, 14.9.06; junge Welt, 15.9.06; ANF, 15. und 16.9.06, ISKU)

Türkei: Übersetzer vor Gericht

Die Kampagne nationalistischer Kräfte in der Türkei gegen Intellektuelle und Publizisten hat einen neuen Höhepunkt erreicht: In Istanbul sind zwei Übersetzer eines amerikanischen Buches vor Gericht gestellt worden. Den beiden wird „Beleidigung des Türkentums“ vorgeworfen, weil sie ein Buch des amerikanischen Autors John Tirman über die Folgen des US-Waffenhandels ins Türkische übertrugen. Gegen den türkischen Verleger des Buches läuft bereits seit dem vergangenen Jahr ein Verfahren. Nach Angaben von Amnesty International schreibt Tirman in seinem Buch „The Spoils of War“, daß die türkische Armee in den achtziger und neunziger Jahren in den Kurdengebieten des Landes Menschenrechtsverletzungen beging. Zudem enthalte das Buch eine Landkarte, auf der Teile des türkischen Staatsgebietes als kurdische Gebiete gekennzeichnet sind.

(Yeni Özgür Politika, 20.9.06; junge Welt, 21.9.06)

Safak hat das Türkentum nicht beleidigt

Die türkische Schriftstellerin Elif Safak ist am 21. September vom Vorwurf der „Beleidigung des Türkentums“ freigesprochen worden. Das entschied ein Gericht in Istanbul. Grund des Vorwurfs war eine Passage in Safaks jüngstem Buch, in der eine fiktive Romanfigur über den Völkermord der Türken an den Armeniern im Ersten Weltkrieg spricht.

Im „Der Bastard von Istanbul“, der im März erschienene Roman von Elif Safak ist in Figurenrede von „türkischen Schlächtern“ und dem „Genozid“ an der armenischen Bevölkerung im Jahr 1915 die Rede. Äußerungen wie diese sind in der Türkei strafbar, da es in der offiziellen Geschichtsschreibung einen Völkermord an den Armeniern nicht gibt.

Artikel 301 des türkischen Strafgesetzbuches stellt die öffentliche Herabwürdigung des Türkentums, der Republik oder staatlicher Institutionen unter Strafe und ahndet dies mit bis zu drei Jahren Gefängnis. Inhaltlich ist der Artikel äußerst vage und offen für Interpretationen: Was „Herabwürdigung“ etwa von „Kritik“ unterscheidet, bleibt ungeklärt. Die Entstehungsgeschichte des Artikels mutet absurd an: Er ist Teil eines Gesetzespakets, das am 1. Juni 2005 in Kraft trat - angeblich und ausgerechnet, um türkische Gesetze an die Normen der EU anzugleichen.

Elif Safak ist nicht die erste, die mit einer solchen Anklage vor Gericht zitiert wurde. Schon mehr als sechzig Schriftsteller, Verleger, Menschenrechtsaktivisten und Journalisten sind mit ähnlichen Klagen konfrontiert worden, Orhan Pamuk ist das prominenteste Beispiel. In Elif Safaks Fall standen rein literarische Äußerungen unter Anklage. Dies stelle eine äußerst beunruhigende Entwicklung dar, sagte die Autorin bei einem Treffen in einem Istanbuler Café. „Wenn der Artikel 301 weiterhin in diese Richtung interpretiert wird, kann niemand mehr in diesem Land ein Buch schreiben oder Filme machen.“

Die EU-Kommission hat den Freispruch der türkischen Autorin Elif Safak vom Vorwurf der „Beleidigung des Türkentums“ begrüßt. Dies sei eine gute Nachricht, sagte die Sprecherin von EU-Erweiterungskommissar Olli Rehn am 21. September in Brüssel. Dennoch bestehe weiterhin das Problem, dass der Strafrechtsparagraf 301 die Meinungsfreiheit in der Türkei erheblich einschränke.

(AFP und FAZ., 21.9.06; Yeni Özgür Politika, 22.9.06)

15 Jahre Kurdologie in Berlin

Seit 15 Jahren bemüht sich das Europäische Zentrum für Kurdischen Studien in Berlin / Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie um eine wissenschaftliche Beschäftigung mit Kurdistan, kurdischer Kultur, Sprache und Geschichte und der kurdischen Diaspora in Europa. Die gegenwärtigen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Migrationsforschung sowie Frauen- und Geschlechterstudien: 1998 erhielt die Berliner Gesellschaft zur Förderung der Kurdologie (BGFK) den Margherita-von-Brentano-Preis der Freien Universität Berlin für die Förderung von gender studies in kurdischer Forschung und Lehre. Die BGFK ist Träger des Europäischen Zentrums für Kurdische Studien, das die Forschungsprojekte der BGFK leitet und koordiniert. Es unterhält nicht nur die größte europäische Bibliothek zum Thema Kurdologie, sondern gibt mit den „Kurdischen Studien“ auch das einzige wissenschaftliche Journal zum Thema in deutscher Sprache, sowie eine Buchreihe im Unrast-Verlag heraus. Trotz wichtiger wissenschaftlicher Arbeiten ist eine universitäre Institutionalisierung der Kurdologie noch nicht gelungen.

Nähere Infos dazu unter: <http://www.kurdologie.de/>

Hinweis auf sonstige Infostellen

Azadi, azadi@t-online.de; www.nadir.org/azadi/

DTF Infopost – Informationen des Demokratischen Türkeiforums, info@tuerkeiforum.net, www.tuerkeiforum.net

ISKU | Informationsstelle Kurdistan e.V., isku@nadir.org; www.nadir.org/isku/

Kurdistan Report, www.kurdistanreport.de

Kurdistan Rundbrief, www.kurdistan-rundbrief.de

Koalition für einen Demokratischen Irak (KDI), kdi@gmx.net

Koalition Demokratisches Syrien (KDS), kds-info@gmx.net

Mezopotamian Development Society, MESOP@online.de

NAVEND – Zentrum für kurdische Studien e.V., info@navend.de, <http://www.navend.de/>

Kurdisches PEN-Zentrum, webmaster@pen-kurd.org, <http://www.pen-kurd.org/>